

**Die deutsche Linke, der polnische Oktober
und die ungarische Revolution 1956
Die Entstalinisierung, die Doppelkrise in Polen und
Ungarn und die Reaktion der deutschen Linken**

Von Manfred Wilke

I. Die Entstalinisierung und ihre ungarischen Grenzen

Das Jahr 1956 war eine Zäsur in der Geschichte des Kommunismus und hatte auch Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Sowjetunion durch die nichtkommunistischen Sozialisten. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 verurteilte der sowjetische Parteichef Nikita S. Chruschtschow die Verbrechen von Josef W. Stalin, die sich gegen die eigene Parteikader gerichtet hatten, als Ausdruck des „Personenkults“. Chruschtschows zweite Botschaft auf dem XX. Parteitag betraf die Außenpolitik: er sprach sich für die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen aus und erklärte den Krieg als Mittel der Politik zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten für vermeidbar.

In der Doppelkrise in Polen und Ungarn zeigte der gleiche Chruschtschow im Herbst mit der sowjetischen Armee den Ungarn die Grenzen der Entstalinisierung auf.

Die Krise hatte in Polen begonnen, mit dem Frühling im Oktober. Mit Wladyslaw Gomulka wählte das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) am 21. Oktober einen Mann zum Ersten Sekretär, der 1949 aus der Parteiführung ausgeschlossen und von der polnischen Staatssicherheit inhaftiert wurde. Für George Hermann Hodos gibt es keinen Zweifel, „dass Stalin seit Ende 1952 die Liquidierung Gomulkas mit einem großen antisemitischen-antizionistischen Schauprozess verbinden wollte, einem ‚polnischen Slansky-Prozess‘.“¹ Der Tod des Diktators im März 1953 verhinderte die Ausführung.

Das polnische Beispiel eines Führungswechsels an der Spitze der Partei inspirierte Hoffnungen auf Veränderungen in der ungarischen

¹ George Hermann Hodos, Schauprozesse. Stalinsche Säuberungen in Osteuropa 1948-1954, Berlin 2001, S. 315f.

oder ostdeutschen Gesellschaft. Für die Führung der SED, namentlich für ihren Ersten Sekretär Walter Ulbricht waren dagegen die Vorgänge im Nachbarland ein Menetekel. Im Unterschied zur Parteireform in Polen führte die ungarische Revolution im November zur Auflösung der kommunistischen Partei und zum Sturz der Diktatur. Ein Systemwechsel hin zu einer parlamentarischen Demokratie zeichnete sich ab. Vor dem in Ungarn schon eingeleiteten Systemwechsel, dem „Sieg der Konterrevolution“, schützte das Imperium nur noch die sowjetische Armee.

In Polen stand das Machtmonopol der kommunistischen Partei nicht zur Disposition. Daran wollte auch die intellektuelle Opposition aus den Reihen der SED nicht rühren; sie verlangte vor allem Ulbrichts Rücktritt, der in der DDR den Stalinismus personifizierte. Dieser dachte aber nicht an Aufgabe, er unterstützte uneingeschränkt das sowjetische Vorgehen gegen die „ungarische Konterrevolution“ und bekam damit die Chance, die intellektuelle Opposition in der SED rigoros zu unterdrücken.

In der Bundesrepublik solidarisierten sich die Gewerkschaften und die Berliner SPD mit dem Freiheitskampf der Ungarn. Der unterschiedliche Ausgang der Krisen in Polen und Ungarn schien in der Debatte sozialistischer Intellektueller die Frage des Weges zur Überwindung des Stalinismus im sowjetischen Imperium geklärt zu haben. Die Reform in Polen ließ sich durchsetzen, die Revolution in Ungarn wurde niedergeschlagen.

Die innerparteiliche Debatte in der SPD über die Folgen des Moskauer Parteitages war nicht zu trennen von jener über die Deutschlandpolitik der Partei. Die Sozialdemokraten waren sich sehr bewusst, dass sich die deutsche Einheit nicht gegen die Sowjetunion herbeiführen lassen würde. Diese Lektion hatten die Deutschen bereits am 17. Juni 1953 erhalten. Seit 1949 war die SPD im Bund in der Opposition und kritisierte entschieden die von der Regierung Konrad Adenauer betriebene Politik der Westbindung einschließlich der damit verbundenen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Diese Politik verfestigte in ihren Augen die deutsche Teilung und verbaute die Chance zum berechtigten sicherheitspolitischen Ausgleich mit der Sowjetunion. Dieser war

aber aus Sicht der SPD die unabdingbare Voraussetzung für die Zustimmung der Sowjetunion zur Wiedervereinigung auf Basis des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen.

Chruschtschows Konzept der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen schuf eine neue Basis für die Sozialdemokraten, um den toten Punkt in der Deutschlandpolitik zu überwinden. Nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution begann in der SPD die Debatte um eine neue Ost- und Deutschlandpolitik.

II. Die Deutsche Linke 1956

1956 dachten alle politischen Strömungen in beiden deutschen Staaten noch gesamtdeutsch. Das galt auch für Kommunisten und Sozialdemokraten, die im Selbstverständnis der Zeit die deutsche Linke ausmachten und die in beiden Staaten sehr unterschiedliche Bedeutung besaßen.

In der DDR regierten die Kommunisten, dagegen war die KPD in der Bundesrepublik im August 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindliche Partei verboten worden. Die SPD hatte in der sowjetischen Besatzungszone nach der erzwungenen Fusion mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1946 aufgehört zu existieren. In der Bundesrepublik dagegen waren die Partei des demokratischen Sozialismus und die mit ihr verbundene Einheitsgewerkschaft DGB Garanten von Republik und Demokratie.

Bei der Wiedergründung der SPD durch Kurt Schumacher 1945 war dieser bestrebt, alle sozialistischen Strömungen bis hin zur individuellen Aufnahme ehemaliger Kommunisten in die SPD zu integrieren. Der SPD war es Mitte der 50er Jahre gelungen, „ein breites Spektrum zu integrieren, darunter den Großteil der traditionellen deutschen Linken, sogar ehemalige Kommunisten. Es existierten aber inner- und außerhalb der SPD viele Gruppen, die sich als Linke verstanden und sich straff oder lose zusammenfanden. Und es gab auch kommunistische Zusammenschlüsse gegen den Stalinismus.“² In diesem politisch-

² Hermann und Gerda Weber, Leben nach dem „Prinzip Links“, Berlin 2006, S. 180.

intellektuellen Milieu fand der XX. Parteitag der KPdSU 1956 ein besonderes Interesse. In Zeitschriften, die 1955/56 außerhalb der SPD entstanden, fanden Sozialisten ihr Forum, um die Ereignisse zu bewerten. Viktor Agartz gründete die „Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (WISO), deren Existenz durch Sammelabonnements der SED-Massenorganisation FDGB gesichert wurde.³ Der Politikwissenschaftler Peter v. Oertzen redigierte die „Sozialistische Politik“,⁴ ihre Redaktion setzte sich aus unterschiedlichen sozialistischen Strömungen zusammen und war von SED-Einflüssen **erstaunlich** unabhängig. Wolfgang Abendroth kam aus der kommunistischen Parteiopposition der zwanziger Jahre, Willy Boepfle, Georg Jungclas vertraten die Trotzlisten, Siegfried Braun und Peter von Oertzen waren Sozialwissenschaftler, die besonders den Gewerkschaften verbunden waren. In Hamburg entstand 1955 „Die Andere Zeitung“, die vom ehemaligen Chefredakteur des SPD-Parteiorgans Vorwärts, Gerhard Gleisberg, geleitet wurde. Für den linken Flügel der Sozialdemokratie war sie vor allem wichtig „wegen der Gewerkschaftsseite.“⁵ Wie die WISO erhielt auch „Die Andere Zeitung“ finanzielle Unterstützung „aus dem Osten“.⁶ Die Hinweise auf die finanzielle Unterstützung durch die SED verdeutlichen nicht nur die Präsenz kommunistischer Aktionseinheitspolitik in der Bundesrepublik, zumal die KPD trotz des Verbots mit ihren Anhängern in diesem linken Milieu der Bundesrepublik präsent blieb. Zwischenmenschliche Beziehungen vielfältiger Art sorgten deshalb trotz wechselseitiger Abgrenzung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten für eine gewisse Kontinuität in der Diskussion zwischen beiden Lagern, die letztlich immer wieder in der Frage mündete, ob man trotz aller Differenzen nicht doch mit den Kommunisten zusammenarbeiten sollte, schließlich **einte** beide ja das Ziel: der Sozialismus.

³ Vgl. Nikolaus J. Ryschkowsky, Die linke Linke, München 1968, S. 24. vgl. auch Gregor Kritidis: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer, Hannover 2008.

⁴ Jürgen Seiffert, Linke in der SPD (1945-1968), in: Die Linke im Rechtsstaat, Band 1, Bedingungen sozialistischer Politik 1945-1965, Berlin 1976, S. 242.

⁵ Ebenda.

⁶ Nikolaus J. Ryschkowsky, a. a. O., S. 25.

Der XX. Parteitag der KPdSU und die Entstalinisierung weckten Hoffnungen auf eine Reformierbarkeit der kommunistischen Parteidiktatur, die den Graben zwischen den beiden Arbeiterparteien eibnen und auch eine Kooperation der SPD mit den regierenden Kommunisten in Moskau und Ost-Berlin ermöglichen könnten.

Der Marburger Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth analysierte ~~1957~~später den XX. Parteitag als Wandel des politischen Systems der Sowjetunion:

„Die stalinistische Diktatur in ihrer alten, durch den Parteitag begrabenen Form, das System – um Chruschtschows Sprache zu gebrauchen, die eine uns im Westen seit langem bekannte Realität offen kennzeichnet – des ‚Führerkults‘ (also der Ein-Mann-Herrschaft), des brutalen Terrors und der Geschichts- und Wahrheitsfälschung war nicht das Ergebnis der Oktoberrevolution, noch nicht einmal das unmittelbare Resultat des Übergangs vom Schema der primitiv-demokratischen frühen Räteherrschaft zur bolschewistischen Parteidiktatur. Sie konnte sich erst entwickeln, nachdem jeder Gedanke an den ursprünglichen Plan der Partei Lenins offenbar unreal geworden war, die notwendige Industrialisierung Russlands, die Liquidierung des Analphabetentums und der mangelnden Arbeitsdisziplin der – ehemals noch meist bäuerlichen – Massen in Anlehnung an den Sieg des Sozialismus in bereits industrialisierten Ländern mit deren Hilfe auf der Grundlage öffentlichen Eigentums an den Produktionsmitteln durchzuführen.“⁷

Abendroth stützte seinen Thesen mit einer historischen Erklärung des Stalinismus, der für ihn nicht originär mit dem Leninismus verbunden war. Seine Entstehung sei bewirkt worden durch die Isolation der bolschewistischen Revolution und das Scheitern der Vision einer sozialistischen Weltrevolution nach dem Ersten Weltkrieg. Der Parteitag bewies ihm, dass die kommunistischen Parteidiktaturen in sich reformfähig seien, und mit diesem Urteil warb er unter den westdeutschen Sozialisten für eine neue Wahrnehmung der Sowjetunion.

⁷ Zitiert nach: Wolfgang Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied/ Berlin 1967, S. 63.

Im theoretischen Diskurs gewannen im Kontext der Entstalinisierung in der Sowjetunion Trotzki's Analysen über die bürokratische Entartung der „verratenen Revolution“⁸ neue Aktualität. Seine Beschreibung des Wandels der bolschewistischen Partei in der Sowjetunion entsprach noch immer der gesellschaftlichen Wirklichkeit in den Staaten des sowjetischen Imperiums: „Die ehemalige kommunistische Partei ist heute nicht die Vorhut des Proletariats, sondern die politische Organisation der Bürokratie.“⁹ Diese These wirkte auch in der DDR, wie das MfS in seiner Dokumentation „Analyse der Feindseligkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz“ festhielt. Die ideologischen Wächter der SED-Geheimpolizei notierten 1957 eine Äußerung des Schriftstellers Manfred Bieler, „dass doch jetzt ersichtlich sei, dass Trotzki in vielen Punkten Recht gehabt hätte. Er würde jetzt wieder Trotzki lesen, dies sei sehr interessant. Man müsse Trotzki kennen, um die Vorgänge in der Sowjetunion richtig verstehen zu können.“¹⁰

Der Rückgriff auf Trotzki's Analyse der stalinistischen Herrschaftsstrukturen ermöglichte es Marxisten auch, die gesellschaftlichen Wurzeln der polnisch-ungarischen Doppelkrise zu verstehen.

Die Frage, wie sich die neue Moskauer Generallinie auf die regierenden kommunistischen Parteien auswirken würde, war im sozialistischen Lager 1956 von höchster Aktualität. Ein erstes Ergebnis war, dass sich unter den Funktionären der Parteien trotz Fraktionsverbot zwei Flügel bildeten, die „Dogmatiker“ und die „Antistalinisten“ oder „Reformer“, deren öffentliche Wortführer Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle waren. Diese

⁸ Leo Trotzki, *Verratene Revolution* (1936), Vorwort J. Humbert-Droz, Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (v. 1921-1931 Sekretär der Komintern), Zürich 1957.

⁹ A. a. O., S. 136.

¹⁰ Ilko-Sascha Kowalczyk, Frost nach dem kurzen Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgung 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Hermann Weber u.a. (Hrsg.), *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, Berlin 1997, S. 205, künftig zitiert: MfS-Analyse, S. 205.

Manfred Bieler selbst blieb bis 1967 in der DDR, siedelte dann nach Prag über und wurde im März 1968 Vollmitglied des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes. Nach dem Einmarsch der sowjetischen Armee im August 1968 siedelte er in die Bundesrepublik über.

Vgl. Peter Boris, *Die sich lossagten. Stichworte zu Leben und Werk von 461 Ex-Kommunisten und Dissidenten*. Köln 1983, S. 44.

Differenzierung ~~find~~traf auch ~~in der~~die SED ~~statt~~. In der DDR führten Intellektuelle und Schriftsteller kritische Debatten, die in die Forderung nach Reformen mündeten. Der marxistische Philosoph Wolfgang Harich formulierte ein Programm für die Demokratisierung der SED, das er mit einem Konzept der Überwindung der Feindschaft zwischen SPD und einer reformierten SED verband, um die deutsche Teilung zu überwinden.

Eine offene Debatte in der SED über die Konsequenzen des XX. Parteitages in Moskau unterdrückte der Parteiapparat. Trotzdem sorgte der von der sowjetischen Führung akzeptierte Führungswechsel in Polen für Verunsicherung in der Partei. Die durch die Zensur der SED unterdrückten Texte aus der Sowjetunion oder Polen mussten sich die kritischen Intellektuellen in der DDR aus der Bundesrepublik beschaffen. Dabei half das 1946 gegründete Ostbüro der SPD. Zu dessen Aufgaben gehörte es, konspirative Verbindung zu Sozialdemokraten in der SBZ zu halten, Informationen über die dortigen Verhältnisse zu sammeln, den Parteivorstand der SPD zu beraten und die publizistische Auseinandersetzung mit den regierenden Kommunisten zu führen.¹¹ Das geschah auch mit konspirativ in der DDR verbreiteten Tarnschriften, die sich gezielt an SED-Mitglieder wandten. Der Doppelkrise in Polen und Ungarn war eine solche Tarnschrift gewidmet. Gomulkas Wahl an die Spitze der polnischen Kommunisten nutzte das Ostbüro, um zu fragen: „Wann geschieht dies in der SED?“ Das Ostbüro unterstrich die Bedeutung durch eine Dokumentation der lückenhaften und verfälschenden Berichterstattung des Neuen Deutschland (ND) über Gomulkas Referat vor dem ZK der PVAP nach seiner Wahl. Das ND veröffentlichte die Rede erst am 25. Oktober in Auszügen. Die Gründe für ihre Zensur lagen in dem, was Gomulka über die stalinistische Politik in Polen in den vergangenen Jahren sagte. Er nahm Forderungen aus der polnischen Gesellschaft auf und versprach: „Demokratisierung des Systems, Erhöhung des Lebensstandards, größere Unabhängigkeit von der UdSSR.“¹² Gomulka fand

¹¹ Vgl. Wolfgang Buschfort, Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000, besonders S. 32-112.

¹² Pawel Machcewicz: Der Umbruch 1956 in Polen. Gesellschaftliches Bewusstsein, Massenbewegung, politische Krise, in: Jan Foitzik (Hg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa

deutliche Worte für die Verbrechen der polnischen Staatssicherheit und kündigte besonders im Blick auf den Arbeiteraufstand in Posen die Rehabilitierung politischer Gefangener sowie die Bestrafung der Schuldigen an. Rückblickend kann man feststellen, dass sich das bisherige totalitäre System der Volksrepublik „in ein autoritäres System“ verwandelte.¹³

Der Kommentar des Ostbüros zu den Gründen der SED- Zensur war zutreffend: „was Genosse Gomulka in seiner Rede über die Verbrechen der polnischen Stalinisten gesagt hat, trifft Wort für Wort auch für die Verbrechen des deutschen Stalinisten Ulbricht zu. (...) Der Rotstift der Ulbricht-Zensur hatte furchtbar in dieser Rede gewütet und durch Streichungen der wesentlichen Stellen das Kunststück fertig gebracht, sie in eine polnische Bestätigung für Ulbrichts Politik in der DDR zu verwandeln.“ Ulbricht glaubte der von Gomulka ausgesprochenen Wahrheit über Polen, die auch für die DDR galt, zu entgehen, in dem er sie verschwieg und ihr mit der Lüge begegnete, „dass in der DDR niemals solche stalinistischen Fehler begangen wurden wie in Polen und die DDR allen übrigen Volksdemokratien in der Demokratisierung schon seit dem Jahre 1953 weit voraus ist“. „Außerdem“, so argumentiert Ulbricht weiter, „würde jede weitere Demokratisierung in der DDR nur den reaktionären Kräften dienen und zur Restauration des Kapitalismus führen.“¹⁴

im Zusammenhang mit der Entstalinisierungskrise nutzten die Autoren des Ostbüros in ihrer Argumentation gezielt die neue Differenzierung in den kommunistischen Parteien zwischen Stalinisten und Reformern. Der Feind, den es zu besiegen galt, sei der „Stalinismus“, war ihre Botschaft. Mit einem Trotzki-Zitat von 1937 benannten sie den Gegner: „Der Stalinismus ist die Geißel der Sowjetunion geworden und die Pest der internationalen Arbeiterbewegung. Die historische Katastrophe des Stalinismus, als Resultat des revolutionären Sieges der Massen ist unabwendbar. Sie muss und wird sich ergeben aus dem Sieg der Arbeiterklasse über

1953-1956, Paderborn 2001, S.154.

¹³ Antoni Dudek: Der polnische Umbruch von 1956 in Polen, in: Winfried Heinemann/Norbert Wiggershaus(Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956, München 1999, S.41.

¹⁴ „Die Wahrheit über Polen und Ungarn“, Sonderausgabe „Einheit“, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus (Theoretisches Organ der SED, M.W.), Ostbüro der SPD (Hrsg.), Bonn, ohne Jahr, S. 13.

die Bürokratie.“¹⁵ Diese im Jahre 1937 in aussichtsloser Lage geschriebene Prophezeiung des Sieges der künftigen Generationen der Arbeiterklasse „eines von Stalin verleumdeten, verfolgten und gehetzten Revolutionärs“¹⁶ sei heute dagegen „zur dramatischen Wirklichkeit geworden. Die historische Katastrophe des Stalinismus hat begonnen. Die siegreiche polnische Revolution gegen den Stalinismus und der Freiheitskampf des ungarischen Volkes gegen die sowjetische Fremdherrschaft sind nur der Ausdruck dieses Prozesses.“¹⁷

Der Argumentationshorizont dieser Schrift blieb im Rahmen der sozialistischen Perspektive der Gesellschaften sowjetischen Typs und nutzte Trotzki's Forderung nach einer politischen Revolution der Arbeiterklasse gegen den Stalinismus, um den Kampf für sozialistische Demokratie in der SED zu propagieren.

Anknüpfend an das antikapitalistische Selbstverständnis der SED-Funktionäre wurde diesen versichert, es gehe nicht um die Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie oder gar zum „Kapitalismus“. Die Argumentation setzte auf den Zweifel der Leser über die Zukunft der sozialistischen Gesellschaftsordnung und nutzte die Informationslücken über Polen und Ungarn, die die SED-Zensur ließ. Die Autoren des Ostbüros prognostizierten den Beginn einer neuen Epoche: „Die Zeit des von Stalin begründeten sowjetischen Kolonialreiches in Europa ist abgelaufen.“¹⁸ Das war 1956 eine Hoffnung, aber noch keine Realität.

III. Aktive Solidarität mit dem Freiheitskampf der Ungarn

Offene Solidarität der deutschen Linken mit der ungarischen Revolution gab es nur in der Bundesrepublik. Ihr gewaltsames Ende durch die sowjetische Intervention löste eine Welle spontaner Anteilnahme aus, die in West-Berlin zu eskalieren drohte.

Am 29. Oktober erklärte sich der DGB-Bundesvorstand solidarisch „mit den um die Wiederherstellung der demokratischen

¹⁵ Ebenda, S. 3.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Ebenda.

Freiheiten in Ungarn kämpfenden Arbeitern“.¹⁹ Der Gewerkschaftsbund überwies an den zur Unterstützung der ungarischen Arbeiter geschaffenen Sonderfonds des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) 100.000 DM. Die gleiche Summe stellte zwei Tage später der Hauptvorstand der IG Metall zur Verfügung und erklärte: „Die Mitgliedschaft der Industriegewerkschaft Metall verfolgt mit inniger Anteilnahme das heldenhafte Ringen des ungarischen Volkes um demokratische Freiheit und nationale Unabhängigkeit. Gemeinsam mit der freien Gewerkschaftsbewegung der Welt erklärt sich die Gewerkschaft mit den ungarischen Arbeitern und Bauern solidarisch.“²⁰ Noch war Hoffnung in diesen Erklärungen, doch nach dem sowjetischen Panzereinmarsch schlug die Stimmung um in Ohnmacht und Wut, gepaart wohl auch mit Kriegsfurcht, als am 29. Oktober 1956 in der Suezkrise Großbritannien, Frankreich und Israel gleichzeitig Ägypten angriffen und der Sowjetunion den Vorwand lieferten zum militärischen Eingreifen in Ungarn. Chruschtschow war besorgt um das imperiale Prestige der Sowjetunion, als er am 31. Oktober im Präsidium der KPdSU forderte, „wir müssen mit unseren Truppen in Ungarn die Initiative ergreifen“. Ein Abzug der Sowjetarmee würde die „Schwäche unserer Positionen demonstrieren. Unsere Partei wird uns in diesem Fall nicht verstehen.“²¹

In West-Berlin reaktivierten die Bilder aus Budapest die vom 17. Juni 1953. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Otto Suhr (SPD), rief am 5. November zu einer Solidaritätskundgebung mit Ungarn vor dem Schöneberger Rathaus auf. Über 100.000 Menschen versammelten sich, die Menge war erregt, und einige verlangten „Taten“ statt Worte. Mit den Rufen „Freiheit für Ungarn“ und „Russen raus!“ zogen tausende Menschen zum Brandenburger Tor. Auf dessen Ostseite fuhren laut West-Berliner

¹⁹ Informationen und Nachrichtendienste der Bundespressestelle des DGB, Band XII, Jahrgang VI./1956, Düsseldorf, S. 323.

²⁰ A. a. O., S. 333.

²¹ Janos M.Rainer/Bernd-Rainer Barth: Ungarische Revolutionen: Aufstand-Zerfall der Partei-Invasion, in: Andras B. Hegedüs/Manfred Wilke (Hg.): Satelliten nach Stalins Tod, Berlin 2000, S. 254.

Polizeibericht zwei Panzer auf. Die Volkspolizei schützte das Tor mit „Gewehr in Hüftanschlag“.²²

Dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Willy Brandt (SPD), gelang es, mit einer Ansprache eine direkte Konfrontation und damit eine unkalkulierbare Eskalation zu verhindern. Er rief den Demonstranten zu, sie sollten nicht das Spiel der „anderen Seite“ spielen; sein zentrales Argument war „dass ein blutiger Zusammenstoß den Ungarn nicht helfen, wohl aber einen Krieg entfesseln könne.“²³ Brandt stellte sich an die Spitze eines Demonstrationszuges und führte ihn weg vom Brandenburger Tor zum sowjetischen Ehrenmal im Tiergarten, also im britischen Sektor. „Die Aggressionslust verflüchtigte sich, als wir die Nationalhymne sangen: Einigkeit und Recht und Freiheit! Auf dem Rückweg stieß ich auf verprügelte englische Militärpolizisten, an denen Berliner Jugendliche ihre ohnmächtige Wut ausgelassen hatten.“²⁴ Es war wohl auch ein Protest gegen Großbritanniens Angriff auf Ägypten.²⁵

Vor dem Brandenburger Tor wurde eine Losung wiederholt, die schon einmal, drei Jahre zuvor am 17. Juni, mit Blick auf die Verhältnisse in der DDR an diesem Ort skandiert worden war: „Weg mit dem Spitzbart“ – gemeint war der Erste Sekretär des ZK der SED, Ulbricht.²⁶

Dieses Ziel wurde auch auf der anderen Seite des Brandenburger Tores angestrebt, wie ein Zitat aus der Vernehmung von Wolfgang Harich festhält: „Im Unterschied zu 1953 wurden die diesmal gegen Walter Ulbricht gerichteten Stimmungen im ‚Aufbau-Verlag‘ [...] von der SED-Grundorganisation nicht bekämpft, sondern

²² Lagemeldungen der West-Berliner Polizei über Protestaktionen gegen die Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn in West-Berlin am 5. November 1956, in: Hans-Hermann Hertle, Kundgebung und Protestaktion in West-Berlin 5. November 1956, Manuskript, Potsdam (2005), S. 5.

²³ Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1998, S. 32.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Die Entscheidung der KPdSU-Führung am 31. Oktober militärisch in Ungarn einzugreifen, steht nach Ansicht des ungarischen Historikers Janos M. Rainer im Zusammenhang mit dem Angriff auf Ägypten, Moskau rechnete mit dem Verlust dieser sowjetischen Position in der Dritten Welt und wollte nun in Ungarn ihr imperiales Prestige verteidigen.

Vgl. Janos M. Rainer/ Bernd-Rainer Barth, Ungarische Revolution: Aufstand – Zerfall der Partei – Invasion, in: András B. Hegedüs/ Manfred Wilke (Hrsg.), Satelliten nach Stalins Tod, Berlin 2000, S. 254.

²⁶ Telegraf, 7.11.1956, Zitiert nach Hertle, a. a. O., S. 11.

aufgegriffen und zu einer selbstverständlichen und berechtigten Angelegenheit erklärt. Besonders nach dem Fernsehinterview über die Ereignisse in Polen und Ungarn steigerten sich bei mir selbst, ähnlich wie bei der Mehrzahl der anderen Mitglieder der Grundorganisation die Ablehnung des Ersten Sekretärs der Partei zu einer geradezu feindseligen Haltung.²⁷ Auch wenn diese Aussage über die SED-Grundorganisation im Aufbau-Verlag eine MfS-Konstruktion war, die gebraucht wurde, um die „konterrevolutionäre Gefahr“ zu „beweisen“ und den „Parteiverrat“ Harichs im Hinblick auf den politischen Prozess gegen ihn zu untermauern, so ~~fußte~~-basierte diese Konstruktion doch auf einer originären Forderung Harichs. Dem oppositionellen Kommunisten Harich wie den West-Berliner Demonstranten ging es im Angesicht der ungarischen Tragödie um politische Veränderungen in Deutschland, und diese mussten mit dem Sturz des deutschen Stalinisten Ulbricht beginnen.

Der DGB-Bundesvorstand rief am 5. November die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, am 6. November von 12:00 bis 12:03 Uhr „durch eine Arbeits- und Verkehrsruhe [...] ihre Verbundenheit mit dem ungarischen Volk, mit der Freiheitsbewegung gegen Unterdrückung und Terror und für eine Stärkung der Weltsicherheitsorganisation zum Ausdruck zu bringen.“²⁸

Der DGB unterstütze die Entschließung der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die den sofortigen Abzug der Sowjettruppen aus Ungarn und die Zulassung neutraler Beobachter forderte: „Das ungarische Volk hatte in einem heldenhaften Freiheitskampf das bolschewistische Terrorsystem abgeschüttelt und die Grundlagen für die Errichtung einer freiheitlich demokratischen Ordnung geschaffen. Eine freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung war spontan ins Leben getreten, um die Rechte der arbeitenden Menschen in einem neuen ungarischen Staat zu sichern. Diese hoffnungsvolle Freiheitsbewegung wurde in Blut erstickt, ihre

²⁷ MfS-Analyse, a. a. O., S. 179. Zum Prozess selbst vgl. Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR, S.323-370.

²⁸ DGB-Aufruf zum Ungarischen Freiheitskampf, in: Informations- und Nachrichtendienste, a. a. O., S. 336.

Regierung verhaftet und das Terrorsystem wieder hergestellt. Der eiserne Vorhang trennt Ungarn wieder von der freien Welt.“²⁹

Die Internationale Föderation der Transportarbeiter forderte den Boykott russischer Güter – bereits im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur hatte sie den Boykott als Kampfmittel propagiert –, um die ungarischen Arbeiter durch die „freie Gewerkschaftsbewegung“ effektiv zu unterstützen.³⁰ Wenn auch diese unmittelbare Solidarität die Restauration der kommunistischen Diktatur in Ungarn nicht zu verhindern vermochte, bereitete sie doch den Boden für die Aufnahme vieler geflüchteter Ungarn in der Bundesrepublik – sie war also nicht vergeblich.

Die Solidarität der illegalen westdeutschen KPD war auf Seiten der sowjetischen Interventen und Ulbrichts. Ihr ZK erklärte anlässlich einer Regierungserklärung im Bundestag zur Ungarn- und Nahostkrise aus Ost-Berlin: „Die Niederschlagung der Konterrevolution durch die ungarischen Werktätigen, unterstützt von den durch den Warschauer Pakt verbündeten Streitkräfte der Sowjetunion, wird dazu benutzt, verstärkt die Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die Kommunisten zu führen.“³¹ Der Angriff auf die Bundesregierung gipfelte in der Forderung: „Daraus gibt es für die Bundesrepublik nur eine Schlussfolgerung: Sie muss aus der Nato, dem Kriegspakt gegen den Osten, ausscheiden, sie muss Schluss machen mit der Adenauerschen Politik der Stärke.“³²

IV. Die SED in der Entstalinisierungskrise

Ulbricht dachte nach dem Moskauer Parteitag nicht an Rücktritt, er dekretierte nach seiner Rückkehr in Berlin, Stalin sei kein Klassiker gewesen, in der DDR habe es keinen Personenkult gegeben, und die SED lasse sich vom Feind keine „Fehlerdiskussion“ aufzwingen. Den laut gewordenen Forderungen nach seinem Rücktritt baute er in seiner Rede vor der Volkskammer

²⁹ Ebenda.

³⁰ A.a.O., S. 345.

³¹ Zur Regierungserklärung und zur außenpolitischen Debakel im Bundestag, 09.11.1956, in: Die Partei lebte und kämpft. Dokumente der KPD 1956-1962, Berlin (Ost) 1963, S. 21.

³² A.a.O., S. 22.

am 3. November 1956 vor. Eine solche politische Interpretation der Entstalinisierung, die von den führenden „Stalin-Kadern“ persönliche Konsequenzen verlangte, wurde von ihm als westliche Verfälschung der Ergebnisse des sowjetischen Parteitages zurückgewiesen und war damit innerparteilich als „Feindpropaganda“ gekennzeichnet: „Diese Feinde bemühen sich nun täglich, die Beschlüsse des XX. Parteitages in ihr Gegenteil zu verkehren und behaupten, in der Deutschen Demokratischen Republik würden diese Beschlüsse nicht genügend beachtet.“³³ Angesichts der Entwicklungen in Polen, wo mit Gomułka ein „Nationalkommunist“ Parteiführer geworden war, konnte die SED diese Diskussion nicht einfach unterdrücken. Mit schnellem Linienwechsel war diese Glaubenskrisen in der kommunistischen Bewegung nicht zu bewältigen.

Ein Beispiel für die Differenzierung unter SED-Funktionären in Reformen und Dogmatiker angesichts der ungarischen Revolution hat Heinz Brandt überliefert:

„Ich werde nie diesen Sonntagabend bei Bruno Baum vergessen. Das Budapester Revolutionszentrum war im Blut erstickt worden. Bruno und seine Lebensgefährtin Erika (Dozentin an der Parteihochschule, Karl Marx⁷) feierten den Sieg. Sie hatten schon eine Flasche ungarischen Plattenseer geleert, doch es war nicht der Wein, es war der Siegesrausch, der aus ihnen sprach.

„Endlich haben die Freunde durchgegriffen⁷, frohlockte Bruno. ‚Ein wahres Glück, sonst wäre es hier auch so gekommen⁷. Genau das war es: Walter Ulbricht war wieder einmal gerettet. Diesmal durch die ungarische Revolution, so wie ihn drei Jahre zuvor der 17. Juni vor dem sicheren Sturz bewahrt hatte.“³⁴ Heinz Brandt notierte die Bedeutung sowjetischer Gesprächspartner für das Selbstverständnis dieses SED-Funktionärs, der sich geschmeichelt fühlte, wenn ihn die „Freunde“ um Rat fragten:

„Bruno prahlte mit seiner Voraussicht, seinem Einfluss auf die Freunde: Puschkin [sowjetischer Botschafter in der DDR] hat mich

³³ Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer der DDR am 3. November 1956, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 8 Bänden, Band 8, Berlin (Ost) 1966, S. 448.

³⁴ Heinz Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West. München 1967, S. 324f.

neulich gefragt, wie ich die Lage hier einschätze. Ich habe ihm ganz offen geantwortet: ‚Wenn Ihr die treuen Funktionäre in Ungarn Wasser saufen lasst, dann verlieren auch die Besten hier den Mut. Dann kommt es schlimmer als am 17. Juni. Die Partei ist wieder einmal völlig durcheinander, überall geht das Geraune um: Wir brauchen einen deutschen Gomulka, einen deutschen Nagy. Die schwankenden Intellektuellen erstreben einen deutschen Petöfi-Club. Wenn Ihr in Budapest nicht durchgreift, dann geht Euch nicht nur Ungarn, dann geht Euch auch die DDR verloren.‘ Bruno empfand die russische Intervention als seinen persönlichen Erfolg.³⁵ In seiner Bewertung dieses konterrevolutionären Siegers griff Brandt auf dessen revolutionäre Biografie zurück und maß damit zugleich die DDR-Wirklichkeit am sozialistischen Ideal der alten Arbeiterbewegung: ‚Wie weit war es mit ihm gekommen! Der Revolutionär, der sein Leben lang von der bewaffneten Aktion der Arbeiter geschwärmt, sie zu erleben, in ihr mitzuwirken erträumt hatte, beging nun festlich deren Niederlage, begoss ihre erbarmungslose Niederschlagung. Das Radio brachte die Proklamation der von den Russen eingesetzten Regierung Kádár: ‚Die sprechen ja immer noch von der ‚verbrecherischen‘ Rákosi-Clique‘, empörte sich Erika. Bruno, ganz Staatsmann, beruhigte sie: ‚Das müssen die doch am Anfang noch. Das hört auch bald auf.‘³⁶

Nicht nur das gemeinsame Schicksal als Häftlinge von Auschwitz verband Baum und Brandt, beide waren im Jahre 1953 Sekretäre der Berliner Bezirksleitung der SED. 1958 flüchtete Brandt aus Ost-Berlin und wurde 1959 Redakteur der Mitgliederzeitschrift der IG-Metall.³⁷ Beider Wege hatten sich unwiderruflich getrennt.

Bevor die sowjetische Führung am 31. Oktober entschied, in Ungarn militärisch einzugreifen, führte Nikita S. Chruschtschow eine Reihe von Gesprächen mit den Parteiführungen der chinesischen, polnischen und jugoslawischen Kommunisten. Die SED wurde in diese Konsultationen nicht einbezogen, gleichwohl

³⁵ A.a.O., S. 325.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Brandt wurde am 16.6.1961 in West-Berlin durch den Staatssicherheitsdienst in die DDR entführt, dort 1962 wegen „Spionage“ angeklagt und zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sich ständig steigende Protestaktionen in Westeuropa, vor allem aus sozialdemokratischen und Gewerkschaftskreisen, führten am 23.05.1964 zur Entlassung aus dem Zuchthaus Bautzen. Rückkehr nach Frankfurt a. Main am 28.05.1964. Siehe hierzu Peter Boris, a.a.O., S. 53.

unterstützte Ulbricht bedingungslos das sowjetische Vorgehen. Erst mit der militärischen Niederschlagung der ungarischen Revolution gewann Ulbricht seine Handlungsfreiheit in der DDR zurück. Er drohte Harich in einem Gespräch offen: "Die SED werde keinesfalls dulden, dass Intellektuelle wie in Polen und Ungarn konterrevolutionäre Machtspiele veranstalten."³⁸

Den Widerspruch zu Ulbrichts Kurs wagte Harich trotzdem; er wollte nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution die Partei „von innen“ reformieren: „Wir wollen auf den Positionen des Marxismus-Leninismus bleiben. Wir wollen aber weg vom Stalinismus.“³⁹ Harich hatte gleichwohl Verständnis für das sowjetische Vorgehen in Ungarn:

„Meine Sympathie für die Sowjetunion war durch all dies freilich kaum beeinträchtigt. Ich sah sie in Budapest von Rákosi und Gerö, von den sich an die Macht klammernden ungarischen Ulbrichts, in eine Lage gedrängt, in der ihr, wie beim 17. Juni 1953 in Berlin, gar nichts anderes übrig blieb, als militärisch einzugreifen.“⁴⁰

Mit zwei grundlegenden Veränderungen sollte die Erneuerung der SED beginnen. Zum einen musste ein deutscher Gomulka an ihre Spitze treten, und zum anderen war es aus gesamtdeutscher Perspektive zwingend notwendig für eine reformierte SED, eine qualitativ neue Beziehung zur westdeutschen SPD aufzubauen. Beide Parteien sollten eine dauerhafte „Kampfgemeinschaft“ bilden, um „die Einheit der Arbeiterbewegung in ganz Deutschland wiederherzustellen“.⁴¹ Dieses Ziel sollte in vier Etappen erreicht werden und mit dem „Führungswechsel in der SED“⁴² beginnen. In der zweiten Etappe sollten sich SPD, SED und KPD auf die politische „Aktionseinheit“ verständigen, um beide Staaten aus NATO und Warschauer Pakt herauszulösen, in der dritten Etappe sollte eine „Einigung zwischen SPD, SED und KPD auf ein gemeinsames Programm der Wiedervereinigung Deutschlands auf

³⁸ zitiert nach: Erich Loest: Prozesskosten, Göttingen 2007, Seite 70 f.

³⁹ Aus der politischen Plattform Wolfgang Harichs und seiner Freunde, November 1956, zitiert nach: Hermann Weber (Hrsg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1985, München 1986, S. 228.

⁴⁰ Wolfgang Harich, a.a.O., S. 55.

⁴¹ Wolfgang Harich, Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, Entwurf (November 1956), in: Derselbe, Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1993, S. 130.

⁴² A.a.O., S. 136.

der Grundlage der Demokratie, des Sozialismus und der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit“⁴³ erfolgen. Dieses Ziel sollte die neue Einheitsfront dann auch durchsetzen. Basis dieser Überlegungen war der sowjetische Friedensvertragsentwurf von 1952.

Veränderungen in der DDR und in der SED waren ohne Unterstützung Moskaus für die innerparteilichen Gegner Ulbrichts undenkbar, also sprach Harich über seine Vorstellungen auch mit dem sowjetischen Botschafter Georgi M. Puschkin, der sie aber zurückwies. Im Unterschied zu Polen im Oktober 1956, wo sich Gomulka auf die Unterstützung der marxistischen Intellektuellen in der Partei stützte, um die Dogmatiker zu überwinden, blieben Harich und seine Mitstreiter isoliert. Ulbrichts Gegner im SED-Politbüro, unter ihnen der ins —die Auge gefasste „deutsche Gomulka“, Karl Schirdewan, stimmten der Verhaftung Harichs zu. Den Zusammenhang zwischen der Chance zu Veränderungen in der DDR und der Niederschlagung der ungarischen Revolution drückte der Leipziger Germanist Hans Mayer in einem Satz aus: „Auch über das Tauwetter in der DDR wurde in Ungarn und also schließlich in Moskau entschieden.“⁴⁴

V. Die intellektuelle Opposition in der SED

Die Erschütterung durch den XX. Parteitag führte zu einer tiefen Glaubenskrise in der kommunistischen Bewegung, die von Künstlern, Schriftstellern und Intellektuellen artikuliert wurde. Wolfgang Harich, Walter Janka, Ernst Bloch, Gustav Just, Fritz J. Raddatz, Gerhard Zwerenz und Günter Zehm waren Teil dieser antistalinistischen Welle in den kommunistischen Parteien. Das Entsetzen über Stalins Verbrechen führte zu einem folgenreichen Paradigmenwechsel: Nicht das kommunistische Endziel, dessen Erreichen angesichts der antikommunistischen Feinde, allen voran Adolf Hitler, die Mittel heiligte, stand mehr im Zentrum der visionären Glaubensgewissheit, sondern die Debatte verlagerte sich

⁴³ A.a.O., S. 137.

⁴⁴ Hans Mayer, Ein Tauwetter, das keines war. Rückblick auf die DDR im Jahre 1956, in, Reinhard Crusius/ Manfred Wilke (Hrsg.), Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt a. Main 1977, S. 443.

auf die Mittel, mit denen die Kommunisten ihren sozialistischen Aufbau betrieben. Viele intellektuelle Angehörige der unfehlbaren Avantgarde des geschichtlichen Fortschritts erkannten mit Schrecken, dass sie Verbrechen hingenommen und gebilligt hatten aus fanatischem Glauben an die „unfehlbare“ Partei und ihren Führer. Robert Havemann: „Vor dem Parteitag war ich Stalinist.“⁴⁵ Er hat seinen Irrtum und die Umkehr zur individuellen Verantwortung des sozialistischen Intellektuellen zur Gedanken- und Meinungsfreiheit und zur Demokratie in eindringlicher Selbstkritik beschrieben. Vor dem Parteitag galt für ihn, dass die Wahrheit parteilich sei, Stalin war der größte lebende Marxist, die Parteiführung und ihre Beschlüsse standen außerhalb der Kritik. Eine Konsequenz dieses Glaubens war, dass man Jean-Paul Sartre besser nicht las, wenn die Partei den französischen Philosophen zum Feind erklärte. Das Moskauer Erdbeben brachte diesen Glauben zum Einsturz. „Was ich heute denke, was ich heute schreibe, das ist Wiederaufbau aus den Trümmern. Ich glaube, dass er möglich ist. Ich glaube, dass er notwendig ist. Ich selbst kann jedenfalls ohne den Versuch eines solchen Wiederaufbaus nicht leben.“⁴⁶

Nach Ungarn beendete der SED-Parteiparat repressiv die intellektuellen Diskussionen von SED-Mitgliedern an den Universitäten, in den Verlagen und Redaktionen über die Ablösung Ulbrichts, die Rehabilitierung von Opfern der politischen Justiz oder gar die Rückkehr zur Demokratie und zur freien Meinungsäußerung in der Partei. Zur Rechtfertigung seines Vorgehens ließ der SED-Parteiparat das MfS all die Diskussionen der Intelligenz auflisten, systematisieren und zu einer „konterrevolutionären Konzeption“ verdichten. Auf diese Weise entstand eine Anklageschrift gegen selbst denkende Intellektuelle und Schriftsteller, in der die Forderung nach Meinungsfreiheit selbst schon konterrevolutionär war:

„Die Forderung nach Äußerung der freien Meinung ist offensichtlich die Forderung nach Eröffnung der sogenannten Fehlerdiskussion, und die Fehlerdiskussion soll lediglich die

⁴⁵ Robert Havemann: Ja, ich hatte Unrecht Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde, in: Robert Havemann Ein deutscher Kommunist, (Hg.) Manfred Wilke, Reinbek 1978, S.116.

⁴⁶ A.a.O., S. 113.

ideologische Voraussetzung für das Schaffen, was die konterrevolutionäre Gruppierung schon lange im Auge hat, nämlich 1. Sturz bzw. Änderung der bestehenden Partei- und Staatsführung; 2. Änderung des politisch-gesellschaftlichen Systems durch sogenannte Reorganisierung der Arbeiterpartei, Auflösung bzw. Umwandlung der demokratischen Massenorganisationen und ihre Verselbständigung, Auflösung wichtiger staatlicher Organe und Liquidierung bedeutsamer sozialistischer Errungenschaften auf dem Gebiet der Industrie und Landwirtschaft.

Diese ganze konterrevolutionäre Konzeption mündet schließlich in der Forderung nach einem sogenannten nationalen Weg zum Sozialismus, unter dem die Durchsetzung der vorgenannten Momente zuzüglich der Verleugnung der führenden Rolle der Sowjetunion verstanden werden.⁴⁷

Intellektuelles Zentrum dieser Opposition war im Aufbau-Verlag. Der Verlagsleiter Walter Janka und Wolfgang Harich. Das MfS urteilte-vergleich die „staats- und parteifeindlichen Forderungen“ des Diskussionszirkels um Wolfgang Harich entsprächen—mit vergleichbaren Forderungen „während der konterrevolutionären Ereignisse in Ungarn“.⁴⁸

Die wichtigste innenpolitische Lehre, welche die SED aus den „ungarischen Ereignissen“ zog, war der Ausbau der Staatssicherheit.

Eine ganz andere Sicht auf diese Diskussionen und seine—die Motivation, sich an dieser Debatte um innerparteiliche Demokratie in der SED zu beteiligen, hatte Erich Loest, einer der beteiligten Schriftsteller. Auslöser war auch bei ihm Chruschtschows Geheimrede. Den Text⁴⁹ musste sich Loest 1956 illegal beschaffen. Die Lektüre führte auch löste bei ihm zuebenfalls einer Erschütterung—aus, die „bis auf den Grund des politischen Bewusstseins und der Seele ging.“⁵⁰ Der junge Schriftsteller hatte sich wie andere der SED angeschlossen, auch aus Scham, „bei der Hitlerei mitgetan zu haben.“⁵¹ Nun stürzten die sowjetischen

⁴⁷ MfS-Analyse, a.a.O., S. 174.

⁴⁸ A.a.O., S. 173.

⁴⁹ In der DDR hat der SED-Parteiverlag sie erst 1990 publiziert.

⁵⁰ Erich Loest, a.a.O., S. 17.

⁵¹ A.a.O., S. 21.

Genossen den „neuen Führer in eine menschenfreundliche Zukunft“ vom Sockel des Idols und klagten ihn schwerer Verbrechen an. Loest und andere Intellektuelle diskutierten die Konsequenzen dieser Kritik am Personenkult für die Eigenverantwortlichkeit von Künstlern und Schriftstellern. Loest selbst stufte sich im Unterschied zu Janka und Harich als „Leipziger Kreisklasse“ ein. Da er aber Mitspieler in den „intellektuellen Machtspielen“ war, schlug seine Stunde der Verhaftung erst 1957. In diesen Jahren war es für ihn unvorstellbar, in den Westen zu gehen, daran hinderte ihn sein sozialistisches Weltbild. Es zerbrach nach fünf Jahren Haft; nach dieser repressiven Diktaturerfahrung wurden die ideologischen Denkmuster unglaublich. Er träumte nun in seiner Zelle von einem demokratischen Staat, wie es die Bundesrepublik war.

Zu den Machtmitteln der Diktatur zählten nicht nur die Staatssicherheit und die „bewaffneten Organe“, legitimiert wurde deren Tätigkeit durch die ideologisch vorgegebene Wirklichkeitsordnung der Partei. Außerhalb dieser Wirklichkeitsordnung wurde der Bevölkerung keine selbstbestimmte öffentliche Sprache erlaubt. Die Verfügung über die Sprache gehörte zur stalinistischen Erbschaft der Partei. Stalin hatte in seinen Schriften zur Sprachwissenschaft gezeigt, dass die faktische Herrschaft der Kommunisten sprachlich zementiert werden müsse, da die Sprache „ein Werkzeug des Kampfes und der Entwicklung der Gesellschaft“ ist.⁵² Das Sprach- und Deutungsmonopol sowie die Verfügung über die Medien waren unverzichtbarer Bestandteil des Machtmonopols der SED.

Das Vorgehen gegen die „Kulturschaffenden“, deren Wirken unabdingbar war, um die ideologische Wirklichkeitsordnung herzustellen, war somit für den SED-Parteiparat eine Frage der Macht und gründete auf der Angst um sie. Mit der Verhaftung von Harich begann Ende November die Welle der Repression, die auch Widersacher von Ulbricht in der SED-Führung selbst, wie das Politbüromitglied Karl Schirdewan und Ernst Wollenweber, den Minister für Staatssicherheit, traf.⁵³ Mit der Ausgrenzung jener

⁵² zitiert nach: Wolfgang Bergsdorf: Politik und Sprache, München 1978, S. 91.

⁵³ Vgl. Manfred Wilke/Tobias Voigt, Opposition gegen Ulbricht – Konflikte in der SED-Führung in den 50er Jahren, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tüchel, Widerstand und Opposition in der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 211-240.

Intellektuellen und Schriftsteller, die auf ihrer geistigen Eigenständigkeit beharrten, aus ihren Reihen verlor die SED an intellektueller Kraft und Anziehung. Der Parteiapparat nahm es in Kauf

In seinem Selbstverständnis, das Ulbricht biografisch personifizierte, gefährdete ein Anspruch auf diskursive Mitbestimmung des Parteikurses die Struktur der Parteiherrschaft und konnte nicht geduldet werden. Auf die subjektiven Überzeugungen der Intellektuellen oder Künstler wurde in den politischen Prozessen dabei keine Rücksicht genommen. Zwerenz schrieb: „Die tragischen Ereignisse in Ungarn gaben Ulbricht Oberwasser. Als Professor Wolfgang Harich verhaftet wurde, wussten die Schriftsteller, was die Uhr geschlagen hat. Der Traum einer gewissen geistigen Freiheit war ausgeträumt.“⁵⁴

Der polnische Philosoph Leszek Kolakowski, einer der geistigen Wortführer des „polnischen Oktobers“, hat den Anspruch auf Mitsprache bei der Festlegung der Politik der Partei, mit der Funktion der Intelligenz in den kommunistischen Parteien begründet und eingefordert. Er schrieb, im Gegensatz zu den Intellektuellen in den sozialdemokratischen Parteien im Westen, die über „keine Fernziele im Kampf um die Macht des Proletariats“⁵⁵ verfügten, sei die kommunistische Intelligenz „der eigentliche Schöpfer der sozialistischen Kultur und ihrer verschiedenen Formen, vor allem aber in der intellektuellen und künstlerischen Kultur, d.h. sie verleiht jenen Tendenzen der geschichtlichen Evolution, die zur Vernichtung des Kapitalismus führen und aus dem Kampf der ausgebeuteten Klasse als Resultat hervorgehen, eine Form, die sich für die Verbreitung in der Gesellschaft eignet und auf die Gestaltung des sozialen Bewusstseins Einfluss haben kann.“⁵⁶

Kolakowski verstand unter Entstalinisierung vor allem die Rückgewinnung eines Freiraums für theoretische Debatten, der wiederum die Beseitigung von Repression und Terror im Wissenschaftsbetrieb der sozialistischen Staaten voraussetzte. Die

⁵⁴ Gerhard Zwerenz, zitiert nach: MfS-Analyse, a.a.O., S. 192.

⁵⁵ Leszek Kolakowski, Die Intellektuellen und die kommunistische Bewegung, in, Entstalinisierung, a.a.O., S. 101.

⁵⁶ A.a.O., S. 101.

Forderung nach Rehabilitierung von Wissenschaftlern, ja ganzer Fachdisziplinen war integraler Bestandteil des Kampfes dieser Intellektuellen gegen die stalinistische Gedankenpolizei.

Ihre Hoffnung in Polen, Ungarn oder in der DDR auf eine Renaissance marxistischer Theorie, auf Überwindung dogmatischer Scholastik und auf geistige Freiheit wurde von den Parteiapparaten im Imperium im Namen des „demokratischen Zentralismus“ zerstört. Mit dieser Reaktion wurden kritische Intellektuelle und Schriftsteller zum Bruch getrieben, sie wurden ausgeschlossen oder verließen die Partei. ihre Reihen, wie Kolakowski fand in Polen, der schließlich in England Zuflucht fand.⁵⁷

Nach den Bildern aus Budapest erkannte Alfred Kantorowicz seinen „Irrglaube, dass der Zweck die Mittel heilige. Die Mittel verselbständigen sich, sie werden zum Selbstzweck.“ „Aus der ‚Diktatur des Proletariats‘ musste die Diktatur der Funktionäre über das Proletariat werden. Und wir sind Mitschuldige“.⁵⁸ Diese Sätze eines ungenannten Besuchers notierte er am 20. Dezember 1956 in sein „Deutsches Tagebuch“. Der Germanist, KPD-Mitglied seit 1931, Interbrigadist im spanischen Bürgerkrieg, Exil in den Vereinigten Staaten, notierte hielt mit Entsetzen die Wiederbegegnung mit dem Vokabular der Sprache des Dritten Reiches in den Medien der SED in ihrem Triumph über die Ungarische Revolution fest:

„1. November 1956:

Das Gute an dieser Zuspitzung ist, dass kein ideologisches Geschwafel die Wirklichkeit, der wir konfrontiert sind, mehr einnebeln kann. Kultur, Demokratie, Meinungsstreit, geistige Freiheit – von Freiheit schlechthin gar nicht zu reden: das Wort schon gilt als Entlarvung ‚konterrevolutionärer Konspiration‘ – der ‚Völkische Beobachter‘, der ‚Angriff‘, der ‚Stürmer‘ selbst haben nicht geifernder aufgeheult als das Organ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, wenn solche Worte fallen. Keine Redensarten mehr. Kurzer Prozess. Das volksfremde, zersetzende,

⁵⁷ Vgl. Das Ende einer Utopie, a. a. O., S. 155-174.

⁵⁸ Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, Zwei Bände, München 1961, zitiert nach dem Reprint von 1980, Band 2, S. 696.

alles verunglimpfende Literatengezücht wird durch die Knüppel der Rollkommandos zum Schweigen gebracht.“⁵⁹

Das SED-Regime erwartete von seinen „Kulturschaffenden“ Unterwerfung und Beifall. Kantorowicz hat ein Beispiel festgehaltennotiert:

„6. November: Man sage doch nicht, dass es nicht immer noch heitere Gemüter bei uns gäbe. Das Glücksgefühl sprengt unserem Hans Marchwitza schier die Brust. ‚Ich bin voller Freude‘ jubelt er in dem mit seiner Fotografie geschmückten Beitrag im ND von heute. Der Herr Arbeiter-Schriftsteller ist voller Freude, weil die Ungarn von Panzern niedergewalzt werden. Da kann man nichts machen. Nein, da kann man nichts machen.“⁶⁰

Die Resolution des DDR-Schriftstellerverbandes zu Ungarn, die mit der SED-Linie identisch war, hat Kantorowicz nicht unterschrieben. Er verließ seinen Lehrstuhl an der Humboldt-Universität und ging in den Westen. Das MfS wertete sein Verhalten „als Verrat“.⁶¹

VI. Intellektuelle und Schriftsteller mit dem „doppelten Film“ im Westen

Die Repression gegen Intellektuelle und Schriftsteller hatte eine Folge, die keiner der Akteure geplant hatte: Viele der prominenten Protagonisten, die versuchten, die DDR gründlich zu entstalinisieren, wie Ernst Bloch, Hans Mayer, Gerhard Zwerenz, Fritz J. Raddatz, Günter Zehm und Loest selbst, gingen nach ihrer Haft oder auch schon vorher in die Bundesrepublik. In der westdeutschen Republik waren sie zunächst als "Rote" alles andere als willkommen, und im antikommunistischen Klima schlug ihnen vielfach politisch begründetes Misstrauen entgegen. Im Westen wurden sie Nonkonformisten und setzten in vielen Fällen ihren antistalinistischen Kampf fort, ohne ihre sozialistischen Überzeugungen aufzugeben. Dies führte auch zur Distanz zu der neuen gesellschaftlichen Umwelt. „Sie sind zwischen die Lager

⁵⁹ A.a.O., S. 683.

⁶⁰ Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, Zwei Bände, München 1961, zitiert nach dem Reprint von 1980, Band 2, S. 689.

⁶¹ MfS-Analyse, a.a.O., S. 193.

gestellt. Sie haben auf eine elementare Weise die Irrwege des Kommunismus erkannt, aber sie halten an der ursprünglichen Idee eines demokratischen Sozialismus in der Mehrzahl fest. Sie anerkennen dankbar die Vorzüge eines freien Landes, das sie aufgenommen hat, aber das schließt nicht aus, dass sie diese Gesellschaft für reformbedürftig halten.“⁶²

Ihr wichtigster Beitrag in den öffentlichen Debatten in der Bundesrepublik war ihre Erfahrung mit dem regierenden Kommunismus, sie urteilten mit dem doppelten Film im Kopf.

Der XX. Parteitag der sowjetischen Kommunisten stand nicht nur im Zeichen der Entstalinisierung, Chruschtschow hob auch das von Lenin verkündete Dogma von der Unvermeidlichkeit des Krieges im Zeitalter des Imperialismus auf. Die neue Moskauer Generallinie der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen trug dem atomaren Patt zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten Rechnung. Weder die Systemkonkurrenz zwischen Sozialismus und Kapitalismus noch der weltweite Klassenkampf wurden aufgegeben, nur der nukleare Krieg als Mittel zur Konfliktlösung sollte ausgeschlossen sein. Der Wettkampf der Systeme sollte auf dem Feld der gesellschaftlichen Ordnung, der Produktivität von Wissenschaft und Wirtschaft entschieden werden. Damit war ideologisch der Weg frei für Verhandlungen und Kompromisse in den internationalen Beziehungen zwischen Ost und West. Das war ein Kurswechsel der sowjetischen Politik, der vor allem im geteilten Deutschland Hoffnung auf Verständigung weckte.

In dieser neuen weltpolitischen Konstellation hat Horst Krüger die Bedeutung dieser Intellektuellen mit dem doppelten Film für die Kultur der Bundesrepublik präzise verortet. Er sah in ihnen politische Vermittler im überlebenswichtigen Dialog zwischen den beiden Blöcken: „In einer gespalteten Welt mit sinnlosen Grenzen und grausamen Mauern stehen sie mit der Erfahrung zweier Systeme zwischen den Fronten. Ihre Aufgabe kann nur eine vermittelnde sein. Sie können helfen, Vorurteile abzubauen, falsche ideologische Fronten aufzulösen, das Klima für eine friedliche Annäherung zu verbessern. In dem unumgänglichen Gespräch, zu

⁶² Horst Krüger, Das Ende einer Utopie. Hingabe und Selbstbefreiung früherer Kommunisten. Eine Dokumentation im zweigeteilten Deutschland, Freiburg i. B. 1963, S. 26.

dem beide Weltblöcke im Zeitalter der atomaren Bedrohung gezwungen sind, könnten sie die Rolle von Dolmetschern übernehmen. Denn sie beherrschen eine Sprache, deren ideologische Wurzeln der westlichen Welt kaum zugänglich sind.“⁶³ Diese Prognose sollte sich im Grundsatz als richtig erweisen, und einige Menschen mit „doppeltem Film“ gehörten zu den intellektuellen und publizistischen Wegbereitern der sozialliberalen Ostpolitik Willy Brandts.

Einige von ihnen setzten aber ihren geistigen Kampf gegen die regierenden Stalinisten fort und forderten im Westen Solidarität mit der Opposition in den sozialistischen Staaten. 1958 nahm Kantorowicz auf einer Ungarn-Kundgebung in Paris die ungarische Revolution gegen den Vorwurf der kommunistischen Propaganda in Schutz, bei ihr habe es sich um einen konterrevolutionären Putsch von Faschisten gehandelt:

„Sie haben nicht die Wiederkehr des Dunklen, Vergangenen, sondern die hellere, die menschlichere Zukunft im Sinn gehabt, als sie ihre Schreibmaschinen mit Maschinengewehren vertauschten im Aufstand gegen die Bedrücker ihres Volkes. Sie wussten, dass der Kampf gegen die Tyrannei oder besser ins Positive gewendet: der Kampf für die Freiheit unteilbar ist. Man kann ihn nicht in Gemeinschaft mit solchen führen, die eine andere Art von Tyrannei, die alte Unfreiheit wieder herstellen wollen. Die Horthy-Faschisten, die Feuerkreuzler, die Hitleranhänger sind in ihren Reihen nicht zu suchen und in diesem Saale nicht zu finden.“⁶⁴ Ausdrücklich solidarisierte er sich mit dem „Fanal“ des Volksaufstandes:

„Wir sind davon erhellt worden, und der Widerschein ist in den Herzen derer, die noch in der Nacht der Bedrückung leben, nicht erloschen und auch unter der neuen Vereisung, die die Völker im Machtbereich der Diktaturen gegenwärtig abermals überkrustet hat, bleiben die Besten erwärmt von den Funken, die damals aus ihrem Lande übersprühten. Sie wissen ja, dass in dem Land, das ich fliehen musste, der Ungarn-Aufstand den Widerstand vieler

⁶³ A.a.O., S. 26f.

⁶⁴ Alfred Kantorowicz, Im 2. Drittel unseres Jahrhunderts, Köln 1967, Zitiert nach der Lizenzausgabe des Buchclubs Bertelsmann, S. 167.

Studenten, Professoren und Schriftsteller gegen die uns aufgezwungenen Unholde befestigte.“⁶⁵

Wie gut kannte er diese Hoffnung auf morgen, geboren aus einer Niederlage, hatte er sie doch selbst schon einmal vorgetragen - 1936 in Paris im Kampf gegen die Hitler-Diktatur, um das Wort als Soldat für die spanische Republik mit der Tat zu besiegeln.

VII. Politische Konsequenzen der SPD für ihre Deutschland- und Ostpolitik

Über politische Konsequenzen aus dem sowjetischen Angebot von friedlicher Koexistenz für die sozialdemokratische Deutschlandpolitik dachte im Frühjahr 1956 der Bundestagsabgeordnete Herbert Wehner nach. Auch der Vorsitzende des innerdeutschen Ausschusses im Deutschen Bundestag war ein Mann mit doppeltem Film. 1935 wurde er gemeinsam mit Ulbricht in Moskau in das Politbüro der KPD berufen. Wehner kannte die deutschlandpolitischen Gegenspieler in Ost-Berlin persönlich. Nach dem Moskauer Parteitag hielt er „unterhalb des Zugeständnisses demokratischer und völkerrechtlicher Legitimation für die DDR eine ‚Annäherung‘ zwischen beiden Teilen Deutschlands für möglich, die sich auf die gemeinsame demokratische Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung, die freilich drüben durch die Macht- und Überlebensinteressen des SED-Regimes scheinbar verdeckt worden sei, stützen könnte. [...] Man solle alles tun, was geeignet sei, bestehende und potentielle gesamtdeutsche Klammern auf den Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wissenschaft und Kultur zu festigen und zu fördern, auf das ‚in jenem Teil Deutschlands eine demokratische Auflockerung um sich greift, die zwar noch nicht identisch ist mit unseren demokratischen Auffassungen im Westen, die aber das Leben zwischen den Zonen etwas entgiftet und erleichtert‘.“⁶⁶ ~~Die Wehners Überlegungen Überlegungen korrespondierten mit denen von Harich im Herbst korrespondierten mit denen Wehners vom Frühjahr 1956. Beide~~

⁶⁵ A.a.O., S. 168.

⁶⁶ Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965, Berlin/Bonn 1982, S. 363f.

wussten, das aus sozialistischer Perspektive die Annäherung zwischen SPD und SED geboten war, wollte man den toten Punkt in der deutschen Frage überwinden.

Die polnisch-ungarische Doppelkrise, die Stabilisierung von Ulbrichts Macht in der DDR sowie die politischen Prozesse gegen Harich und andere ließen solche Überlegungen verstummen.

Zwei andere Fragen wurden im Herbst 1956 diskutiert. Die eine war, warum es in der DDR angesichts der Bilder aus Budapest zu keinen Unruhen gekommen war. Die relative Ruhe interpretierte der SPD-Pressedienst als Ausdruck von „Klugheit“ und sah darin sogar einen „Aufstand des Schweigens“, denn dort habe es niemanden gelüftet, „das furchtbare [sic!] Beispiel Ungarn nachzuexerzieren.“⁶⁷ Die Ruhe sei „disziplinierte Zurückhaltung“ und zeuge „nicht von Schwäche, sondern allein von einer nüchternen Einschätzung der Möglichkeiten im Panzerschatten der Sowjets, die in der Zone fünfmal soviel Soldaten haben wie in Ungarn. Wir müssen dafür dankbar sein. Die Menschen drüben werden sich ihre Freiheit schrittweise erringen; die Bevölkerung will nicht den bewaffneten Aufstand, von dem sich nur an gewissen westdeutschen Kaminen gut träumen lässt, sondern die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden durch allseitige internationale Bemühungen; die Freiheit kommt dann von selbst.“⁶⁸

In der gleichen Ausgabe wurde über den passiven politischen Widerstand in Ungarn und das Taktieren der Regierung von Janos Kadar berichtet. Der SPD-Pressedienst gab der Hoffnung Ausdruck, dass auch Ungarn „den polnischen Weg“⁶⁹ gehe.

Das kleinere Übel für Ungarn war nach der Niederlage aus Sicht des SPD-Pressedienstes der polnische Weg der systemimmanenten Reform. Diese Interpretation wurde unterstrichen durch den Verweis auf die schnellen Erfolge Gomulkas in den ersten Wochen seiner Amtszeit.

Die andere Frage, nämlich welchen Anteil die westliche Politik an der ungarischen Tragödie hatte, stellte Gustav Heinemann, 1953 Mitbegründer der „Gesamtdeutschen Volkspartei“ (GVP) und

⁶⁷ Aufstand des Schweigens, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 16. November 1956, S. 1.

⁶⁸ A.a.O., S. 2.

⁶⁹ Geht Kadar den polnischen Weg?, in: SPD Pressedienst, 16. November 1956, S. 4.

späterer Bundespräsident. Er zählte in den 50er Jahren zu den „Neutralisten“, die für ein vereinigt Deutschland zwischen Ost und West eintraten.⁷⁰ Er nutzte einen Kommentar zum ungarischen Aufstand im „Studenten-Kurier“, um die Anerkennung des Status quo im gespaltenen Europa zu fordern. Das von Klaus Rainer Röhl und Peter Rühmkorf herausgegebene Blatt wurde zu diesem Zeitpunkt bereits von der KPD finanziell unterstützt. Heinemann sah in der Niederschlagung der ungarischen Revolution nicht allein die Sowjetunion auf der Anklagebank, sondern auch den Westen: „Als aber der Tag kam, als Ungarn sich erhob, als ‚Freiheitssender‘ riefen: ‚Völker der Welt, hört uns! Helft uns! Nicht mit Rat, nicht mit Worten, sondern mit der Tat, mit Soldaten und Waffen!‘, da erwies es sich, dass der Westen nur hohle Worte und keine Taten zu bieten vermochte. [...] Westliches Eingreifen in Ungarn mit Waffen hätte nur den Dritten Weltkrieg auslösen können. Die Ungarn waren umsonst mit Fäusten gegen Panzer aufgestanden. Auf ihren Lippen erstarb eine doppelte Verwünschung, die Verwünschung derer, von denen sie niedergeschlagen wurden, und die Verwünschung derer, die sie jahrelang mit falschen Hoffnungen genährt hatten und so grausam enttäuschten.“⁷¹

Mit dem Adjektiv „grausam“ verurteilt Heinemann die westliche Roll back Propaganda, auf die viele Ungarn hofften, der aber keine entsprechenden Taten folgten und relativierte damit die Empörung über die sowjetische Realpolitik. Die westliche Propaganda bezeichnete er als „grausam“, nicht aber die sowjetischen Kugeln, die Tote zur Folge hatten.

Die KPD hatte in ihrer Erklärung zu diesem „Ereignis“ die westlichen „Imperialisten“ beschuldigt, „dass sie selbst von außen her durch ihre jahrelange Hetze, durch die Einschleusung von Agenten und getarnten Waffenlieferungen den weißen Terror gegen das ungarische Volk organisiert haben. Sehr zu Recht wurde in der Bundestagsdebatte auf die verderbliche Rolle hingewiesen, die der auf dem Boden der Bundesrepublik arbeitende amerikanische

⁷⁰ „Der Osten will davor gesichert sein, dass Deutschland in die Waagschale des Westens fällt. Der Westen will davor gesichert sein, dass Deutschland in die Waagschale des Ostens fällt. Beide wollen davor gesichert sein, dass Deutschland erneut eine selbständige Gefahr für sie wird.“ Zitiert nach Rainer Zitelmann, Adenauers Gegner. Streiter für die Einheit, Erlangen/Bonn/Wien 1991, S. 97.

⁷¹ Zitiert nach Bettina Röhl, So macht Kommunismus Spaß! Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte KONKRET, Hamburg 2006, S. 110.

Sender ‚Freies Europa‘ und die von Westdeutschland gestarteten Ballonaktionen gespielt haben.“⁷²

Im Vergleich zu der Erklärung der KPD ist Heinemanns Argumentation in Bezug auf die Verantwortung der Amerikaner und ihres Senders „Free Europe“ subtiler und differenzierter, aber auch er verschiebt Schuldzuweisungen, auch er klagt den Westen als propagandistischen Mitverursacher der Tragödie an.

Nach der Intervention galt der Status Quo zwischen den Blöcken im geteilten Europa als zementiert. Er war Ausdruck des bewaffneten Friedens auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs.

Wehner forderte im „Vorwärts“ als Konsequenz der Krisen die Anerkennung der Realitäten. Nach den blutigen „Ereignissen in Ungarn und im Nahen Osten“, die den Frieden der Welt in Gefahr gebracht hätten, müssten nun „auf allen Seiten Konsequenzen gezogen werden. Keine Seite kann nach dieser Krise einfach dort wieder beginnen, wo sie durch die Krise unterbrochen wurde.“⁷³ Er plädierte für die Realisierung der „Ko-Existenz“ von Staaten „verschiedener innerer Regime und sozialer Ordnungen. Ohne dieses friedliche Nebeneinanderbestehen ist die Verwirklichung bestimmter, für alle gültiger Grundlagen, auf denen der Frieden der Welt beruht, nicht denkbar.“⁷⁴ Die Vereinten Nationen seien die geeignete Organisation, um dieses Ziel zu erreichen, sie benötigten einen größeren Einfluss auf die Weltpolitik, um die Dominanz der Militärblöcke einzuhegen. Wehner forderte ein Umdenken in den Blöcken. „Die blutigen Ereignisse in Ungarn haben gezeigt, dass die Verschleppung der längst fälligen und versprochenen Reformen im inneren Gefüge der ‚Volksdemokratien‘ durch Kräfte, die soviel wie möglich von den alten Machtbefugnissen retten möchten, zu schrecklichen Reaktionen führt. Wenn die sowjetische Propaganda und besonders die Propaganda der ‚Einheitspartei‘ in der sowjetisch besetzten Zone glauben machen will, es handle sich bei allem um das Werk ausländischer Agenten, so setzt sie sich damit in schreienden Gegensatz zu allem, was der Zwanzigste Parteitag der

⁷² Die KPD lebt und kämpft, Dokumente der KPD 1956-1962, Berlin (Ost) 1963, S. 21.

⁷³ Herbert Wehner, Aussprechen, was ist!, in: Derselbe, Wandel und Bewährung. Ausgewählte Reden und Schriften 1930/1980, 5. Auflage, Herausgegeben von Gerhard Jahn, Frankfurt a. M./ Berlin 1968, S. 141.

⁷⁴ Ebenda.

sowjetischen Regierungspartei über die Auswirkungen des Stalin-Regimes auf die Sowjetunion selbst festgestellt hat.⁷⁵ Nach diesem Appell an die sowjetische Führung zur Reform wandte Wehner sich dem Westen zu. Dieser müsse begreifen, „dass die Entwicklung der Verhältnisse in den ‚Volksdemokratien‘ gefährdet werden würde, wenn die konservativen Kräfte in den ‚Volksdemokratien‘ das Festhalten an ihren Machtpositionen damit begründen könnten, der Westen wolle in diesen Staaten die Privilegien der früheren Großgrundbesitzer und anderer Machthaber wieder herstellen oder diese Staaten zu militärischen Machtpositionen gegen die Sowjetunion machen.“⁷⁶ Übertragen auf Deutschland hieß dies, in der Bundesrepublik eine Politik zu betreiben, die sich nicht in der rhetorischen Konfrontation erschöpft und dass „die Auseinandersetzung mit den Fossilien der Stalin-Ära auf deutschem Boden so geführt wird, dass dabei Schritt für Schritt Boden gewonnen wird für die Demokratisierung der Lebensverhältnisse in der sowjetisch besetzten Zone und für die Vorbereitung der Vereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit.“⁷⁷

Die Grundsätzlichkeit dieses Artikels unterstrich Wehner mit dem Rückgriff auf Ferdinand Lassalles Satz: „Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit.“⁷⁸ Die Linke als verändernde Bewegung – und in diesem Sinn verstand Wehner die SPD – müsse nach Ungarn die weltpolitische Realitäten anerkennen, sich auf sie aktiv einlassen, um sie zu verändern.

Für die Sozialisten in der SPD unterstützte Peter von Oertzen Wehners politischen Ansatz in der Ost- und Deutschlandpolitik. Die Sozialisten im Westen sollten die Reformen in den sozialistischen Staaten unterstützen, „ohne eine stalinistische Reaktion herauszufordern. Diese Reaktion ist in der DDR z. B. durchaus möglich. Die ungarische Katastrophe hat die durch Gomulkas Sieg erschütterte Stellung Ulbrichts wieder gefestigt.“⁷⁹ Eine politische Konzeption zu entwickeln, die „die Sozialisierung der

⁷⁵ A.a.O., S. 142.

⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷ A.a.O., S. 143.

⁷⁸ Ferdinand Lassalle: „Was nun?“ (zweiter Vortrag über Verfassungswesen, gehalten in Berlin im 17. November 1862), in: Reden von Ferdinand Lassalle, Berlin 1925, S. 41.

Bundesrepublik und die Demokratisierung der DDR zu einem einheitlichen Ziel zusammenfasst⁸⁰ sah Oertzen als künftige innenpolitische Aufgabe für die Sozialisten. Als solcher hatte er ein gewisses Verständnis für das Eingreifen der sowjetischen Armee in Ungarn, um dortige Tendenzen zur kapitalistischen Restauration zu unterbinden.

Unmittelbar nach der ungarischen Tragödie zogen Wehner und Oertzen ein Fazit aus dem Ausgang der Doppelkrise im Ostblock. Sie befürworteten systemimmanente Reformen, wie sie in Polen von der Hegemonialmacht akzeptiert wurden; den Weg der ungarischen Revolution lehnten sie ab.

Die deutsche Interessenlage überlagerte schnell die Solidarität mit der geschlagenen ungarischen Revolution, und die Erinnerung daran verblasste. Erst 33 Jahre später sollten sich der ungarische Freiheitskampf und die deutsche Frage in Budapest begegnen, als die Flüchtlinge aus der DDR im Sommer 1989 dort Aufnahme fanden und in die Bundesrepublik ausreisen durften. Das war der Anfang vom Ende der SED-Diktatur und beförderte Ungarns Rückkehr nach Europa.

⁷⁹ Peter von Oertzen, Zwischen Kapitalismus und Stalinismus, Die Krise in den Volksdemokratien – ein Kreuzweg der sozialistischen Entwicklung, in: Sozialistische Politik, 3. Jahrgang, Nr. 11, November 1956, S. 2.

⁸⁰ A.a.O., S. 2.